

In der NFÖ fühlen wir uns diesen Werten besonders verpflichtet:
Neutralität - Direkte Demokratie - Eigenstaatlichkeit.

Wir werden weiterhin aufzeigen, was gut und was falsch läuft



Liebe Leserin!

Lieber Leser!

Obwohl unser Freund und langjähriger Obmann Dipl.-Ing. Rudolf Pomaroli insbesondere redaktionell noch sehr aktiv ist, hat er den Wunsch geäußert, langsam leiser treten zu dürfen. Er ist von seiner Hauptfunktion als Obmann der NFÖ und Herausgeber von „Neues aus Österreich“ im Juni dieses Jahres zurückgetreten. Seine Aufgaben werden nun in Abstimmung mit ihm im Bundesvorstand verteilt – niemand kann alleine so viel leisten, wie er es jahrelang getan hat! Und so hat er mich in meiner derzeitigen Funktion als Sprecher des Bundesvorstands der NFÖ gebeten, dieses Mal den Leitartikel zu verfassen.

Die alten Chinesen wünschten ihren Feinden: „Mögest du in interessanten Zeiten leben!“

Nun, ich denke, wir leben in interessanten Zeiten. So viel, so schlecht. Aber jede

schwierige Situation birgt auch Chancen. Und niemals seit ich politisch tätig bin, war die Stimmung in der Bevölkerung so sehr vom Wunsch nach Veränderung getragen wie heute. Großdemonstrationen sind zum gewöhnlichen Bild geworden, obwohl die „Qualitätsmedien“ nur wenig darüber berichten. Unverkennbar bildet sich in der Gesellschaft ein immer sichtbarer Widerstand gegen die Politik der Mächtigen.

Ein Bekannter, der in Ostdeutschland aufgewachsen ist, sagte unlängst, er habe mit den ständig wiederkehrenden „Lockdowns“, „klimaneutralen Maßnahmen“ und dem krampfhaften Zwang zur „political correctness“ immer öfter Dejavu-Erlebnisse unsinnigen Zwangs aus seiner Zeit im kommunistischen Ostblock, der ja unbestreitbar eine Diktatur war. Dabei werden heute unterschiedslos alle Menschen, auch die, die nicht durch Regime-Kritik auffallen, mit Zwangsmaßnahmen drangsaliert, deren Zweck oft unverständlich bleibt. Und was besonders ins Auge fällt: Eine ausgeglichene Berichterstattung, in der Befürworter und (echte) Kritiker von behördlich verordneten Maßnahmen zu Wort kommen, fehlt in den mächtigen Medien mittlerweile völlig. Man kann sich auch kaum des Eindrucks erwehren, dass sogar die Wissen-



Eine Alternative für einige junge Männer aus dem Tiroler Oberland gemeinsam zu feiern.

Vermutlich waren sie von der 3G-Regel nicht wirklich überzeugt. Ihr Ausweg: ein Eigenbau-Lokal in frischer Luft.

schaft bzw. deren Vertreter in Geiselschaft genommen werden.

So bekommt man leicht das Gefühl, wir würden von einer künstlich erzeugten Panik zur nächsten taumeln. Zuerst war es der Klimawandel, dann Corona. Und jetzt (nachdem beide Themen schon ein wenig abgelutscht wirken) sind es Klimawandel plus Corona. Und jede Krise „erfordert“ natürlich Zwangsmaßnahmen, manchmal auch an Verfassungsgesetzen vorbei. Normalität scheint jedenfalls seitens der Regierenden für uns nicht mehr vorgesehen zu sein, obwohl wir kaum etwas Krisenhaftes in unserer Umgebung erkennen können. Währenddessen wird an echten Krisen – z. B. in der Beziehung der EU zu Russland – kräftig gekurbelt. Dabei fürchtet man aber heute mehr denn je die Stimme des Volkes und so will man nun in Vorarlberg auch das zarte Pflänzchen von

Direkter Demokratie, das seit Jahrzehnten bestanden hat, plötzlich abschaffen (siehe einschlägigen Artikel weiter hinten). Viele unserer Gedanken
(Fortsetzung auf Seite 2)

Inhalt

- Der Druck auf die Ungeimpften steigt...2
- USA & EU vereint i. d. Steuerpolitik f. Konzerne.....2
- VfGH will Ansätze der Dir. Demokratie lahmlegen.....2-3
- Wo blieb der nach dem Brexit angekündigte Zusammenbruch der Versorgung Großbritanniens?.....3
- Die USA nehmen Deutschland in Geiselschaft.....3-4
- Lesens-, sehens-, hörens-wert4
- Wussten Sie?4-6
- Lesermeinungen6-7
- Positives, Erfreuliches7-8

*Die Frage ist nicht, was wir dürfen,
sondern die Frage ist,
was wir mit uns machen lassen.*

Pop-Sängerin Nena

und politischen Vorstellungen können heute weiter getragen werden, als das in den letzten beiden Jahrzehnten möglich war. Wir werden auch weiterhin, wie in dieser Ausgabe, aufzeigen, was falsch

läuft und Anstöße geben, wie es richtig laufen könnte.

Ich glaube, in so einer Situation herbeigeführter(?) Krisen ist die Verantwortung für uns selbst, für unsere Nächsten und

vor allem für künftige Generationen besonders groß. Die NFÖ nimmt diese Verantwortung ernst und wird nicht leiser werden.

Ihr Gerald Grüner

Der grundrechtswidrige Druck auf die Ungeimpften steigt

Es wird keinen zweiten Lockdown geben, war im Sommer 2020 aus Politikermund zu hören. Es wird keine Impfpflicht geben, auch keine indirekte, tönte es noch bis vor kurzem aus derselben Richtung. Und jetzt ist alles ganz anders. Nachdem die Propaganda mit den angeblich völlig unproblematischen „Pieks“, wie sie bis zum Überdross in den Nachrichtensendungen gezeigt werden, die positiven Anreize und niedrighschwelligigen Impfangebote zu wenig Impfbereitschaft hervorgerufen haben, werden nun stärkere Geschütze gegen die „Impfverweigerer“, wie sie genannt werden, aufgeföhren. Denn sie sollen schuld daran sein, dass die 7-Tage-Inzidenz nicht auf 0 zurückgeht. Und tatsächlich, vertraut man auf sie, wird es kein Ende der Epidemie geben. Diese raffinierte Fixierung auf

die 7-Tage-Inzidenz – wie sie vom deutschen RKI kürzlich wieder bestätigt wurde – ist nämlich **völlig ungeeignet eine epidemische Lage festzustellen**. Abgesehen von der eklatanten Ungenauigkeit und Fehlerhaftigkeit der ihr zugrundeliegenden Tests, hat sie keinerlei Aussagekraft über die wesentlichen Faktoren, **der Wahrscheinlichkeit von Krankheitsverläufen und der Belegung von Spitals- und Intensivbetten**. Da aber die Corona-Maßnahmen massive Eingriffe in die den Menschen von Natur aus zukommenden Grundrechte darstellen, die nur durch eine dramatische Notfallsituation zu rechtfertigen sind, wobei die Verhältnismäßigkeit zwischen Gefahr und dagegen getroffene Maßnahmen festgestellt werden muss, müssten sie vom Staat mit genau diesen

Parametern begründet werden. Es zeigt sich jedoch, dass **die Situation in den Krankenhäusern zu keinem Zeitpunkt auch nur annähernd so war, dass von einer flächendeckenden Notfallsituation gesprochen werden könnte**. Die getroffenen politischen Corona-Maßnahmen sind also alle illegal, ebenso der nun von der Schule bis zum Arbeitsplatz, bis hin zur Geföhrdung der beruflichen Existenz aufgebaute, nicht hinnehmbare Druck auf die Ungeimpften. Wenn wir in einem Rechtsstaat leben, wird das noch ein gerichtliches Nachspiel haben.

Quellen: nachdenkseiten.de; matthias.schrappe.com/thesenpapier_adhoc3

USA und EU vereint in der Steuerpolitik für Konzerne

Die EU hat nun ihr jahrelang populistisch angekündigtes, aber nur halbherzig verfolgtes und immer wieder auf die lange Bank geschobenes Pseudo-Projekt der Einführung einer Digitalsteuer endgültig ad acta gelegt. Dazu genügten Ermahnungen aus der Ferne und ein kurzer Besuch der US-Finanzministerin und ehemaligen Fed-Chefin Janet Yellen in Brüssel. Sie rannte wohl offene Türen ein. **Die Digitalsteuer hätte eine gerechtere Besteuerung der vornehmlich US-amerikanischen Digitalgiganten wie Amazon, Facebook, Google, Microsoft, die aufgrund von Steuervermeidungstricks kaum zur Kassa gebeten werden, bedeutet.** Als Grund wird offiziell angegeben, man wolle die beim G-

20-Treffen beschlossene Einführung einer weltweiten Mindeststeuer von 15% nicht behindern, die betroffenen Unternehmen könnten sonst Gefahr laufen doppelt besteuert zu werden. Wie wenn nicht schon jedes Kleinunternehmen verpflichtet und in der Lage wäre, mehrere unterschiedliche Steuerforderungen zu bedienen. Die veranschlagte Steuerquote von 15% ist angesichts der durchschnittlichen deutschen Steuer- und Abgabenlast von ca. 53% (in Österreich gewöhnlich noch etwas höher) **lächerlich gering**. Wahrscheinlich wird sie durch die Einführung einer Rentabilitätsschwelle noch weiter verwässert. Yellen hat bereits geäußert, dass sie sich nicht sicher sei, ob Amazon(!) diese überhaupt erreichen werde.

Der deutsche Steuerzahlertag fiel just auf die Zeit des Yellen-Besuchs in Brüssel Mitte Juli. Von Jahresbeginn bis zu diesem Datum schufteten die Steuerzahler ausschließlich für den Staat und internationale Organisationen. Im Mittelalter hätte man sie Halbfreie genannt. Brüssel hat sich mit dieser Entscheidung ein großes Problem eingehandelt, denn die EU-Kommission wollte mit der Digitalsteuer eine neue Einkommensquelle erschließen, um damit den riesigen Schuldenberg des 750 Milliarden Euro schweren Corona-Hilfsfonds abzutragen. Das ist nun nicht mehr möglich.

Quellen: freiewelt.net; finanznachrichten.de; finanzen.at

Verfassungsgerichtshof will Ansätze der Direkten Demokratie in Österreich lahmlegen

Das zarte Pflänzchen der Direkten Demokratie in Österreich ist in Gefahr. Der österreichische Verfassungsgerichtshof hat am 6.10.2020 veranlasst, dass bis 31.12.2021 mehrere Artikel aus den

Landesgesetzen Vorarlbergs aufgehoben werden sollen, die den Bürgern bisher erlaubten, eine Volksabstimmung in der Gemeinde in die Wege zu leiten. Dies soll in Zukunft nicht mehr möglich sein, außer die Gemeindevertretung ordnet diese Volksabstimmung selbst an. Der Verfassungsgerichtshof hatte nach einer Volksabstimmung in der Vorarlber-

ger Gemeinde Ludesch geurteilt, dass es dem repräsentativ-demokratischen System widerspreche, wenn Bürger über die Köpfe des Gemeinderats hinweg Gemeindeorgane zu gewissen Handlungen bzw. Unterlassungen verpflichten könnten. Schließlich seien Gemeindeorgane an Weisungen des Gemeinderats gebunden. Die Volksabstimmung war – auf Basis von landesgesetzlichen Bestimmungen – aufgrund einer ausreichenden Unterstützungszahl von Stimmberechtigten eingeleitet worden und endete mit der

Ein Mehr an Demokratie und sozialer Sicherheit ist nicht durch weniger, sondern nur durch mehr nationalstaatliche Souveränität zu haben.

Sahra Wagenknecht, deutsche Politikerin, Bundestagsabgeordnete der Partei Die Linke und Publizistin.

(Fortsetzung auf Seite 3)

Ablehnung einer Flächenumwidmung.

Nachdem das Volksabstimmungsrecht in Vorarlberg seit über 80 Jahren unbestritten war, hat es wohl mit dem EU-Beitritt zu tun, dass plötzlich unliebsame Gesetze der österreichischen Verfassung widersprechen sollen. Im EU-Recht sind bindende Volksabstimmungen unbekannt. Die österreichische Verfassung enthält weder ein Verbot von Volksabstimmungen noch eine Verpflichtung zu einer rein repräsentativen Demokratie. Diese wurde vom Verfassungsgerichtshof so interpretiert - wohlwissend, **dass damit der EU ein freundlicher Dienst erwiesen wird**. 31 Gemeinden haben daraufhin durch einen Beschluss in der Gemeindevertreterversammlung festgelegt, dass sie gegen geplante Gesetzesänderungen in dieser Sache sind. Sie verlangten gemäß Vorarlberger Landesverfassung eine Volksabstimmung über diese Gesetzänderungen. Am 3.2.2021 hat der Vorarlberger Landtag einstimmig den Antrag gutgeheißen, **dass sich die Landesregierung bei der Bundesregierung einsetzt, damit „der Landesgesetzgeber tatsächlich ermächtigt wird, eine Volksabstimmung im eige-**

nen Wirkungsbereich auch auf Initiative des Gemeindevolkes vorzusehen“.

Der Rechtsspruch des Verfassungsgerichtshofes hat inzwischen im österreichischen Parlament sein erfreuliches Nachspiel. Am 20.11.2020 haben die Oppositionsparteien SPÖ, FPÖ und NEOS einem Entschließungsantrag zugestimmt, dem sich auch die grüne Regierungspartei anzuschließen scheint, um die Möglichkeit einer Volksabstimmung auf Gemeindeebene, unabhängig von der Willensäußerung der Gemeindevertretung, wie im Vorarlberger Landes-Volksabstimmungsgesetz vorgesehen, in die österreichische Verfassung aufzunehmen. Das hätte somit Gültigkeit für ganz Österreich.

Daniel Jenny – Quellen: [parlament.gv.at](#); [mehr-direkte-demokratie-vorarlberg.at](#); [suche.vorarlberg.at](#)

Es wäre schön, wenn diese erfreuliche Entwicklung eine Fortsetzung finden würde. Auch in der Schweiz wurden die Mitbestimmungsrechte des Volkes aus den Genossenschaften und den Gemeinden heraus entwickelt. Erst später kamen Volksrechte auf Kantons- und Bundesebene dazu. Wichtig ist, dass keine Einschränkung in der Wahl des Volksanliegens vorhanden ist. Allerdings braucht es zur Umsetzung des Antrags eine Zweidrittelmehrheit im Parlament, weil es sich um eine Verfassungsänderung handelt. Hier wird entscheidend sein, wie sich die türkisen Abgeordneten verhalten. Wir wollen uns aber nicht entmutigen lassen. Die Mehrheit der Menschen in Österreich will direktdemokratische Mitbestimmung in Sachfragen.

Weil heute viele Frauen an der Spitze der Politik stehen, erleben sie jene unschönen Dinge, die Männer schon immer erlebt haben. Das soll weder Beschimpfungen noch Hass entschuldigen. Männer werden hart angegangen – und Frauen auch. Gleichberechtigung hat nicht nur schöne Seiten.

Tamara Wernli, Videoproduzentin; Basel



Bildquelle: Youtube-Video

Wo blieb der nach dem Brexit angekündigte Zusammenbruch der Versorgung Großbritanniens?



Kilometerlange Lkw-Staus am Kanaltunnel und an den britischen Häfen. Hunderte Flüge von und nach Europa fallen aus. Das britische Pfund stürzt ab. Die Müllentsorgung kommt zum Erliegen. Ein dramatischer Engpass bei Arbeitskräften und bei der Lebensmittel- und Medikamentenversorgung ist zu erwarten.

So oder so ähnlich tönte es vor dem „harten Brexit“ – in Wahrheit nichts anderes als ein normaler EU-Austritt gemäß Lisabon-Vertrag – in schwarzmalerschen Absichten landauf, landab durch die Medienlandschaft. **Nichts von alledem ist eingetroffen.** Ein zum Jahreswechsel vereinbartes Handelsabkommen regelt indes die Beziehungen zwischen Großbritannien (inkl. Nordirland) und der EU.

Eine schrittweise Einführung von Zollkontrollen ist vorgesehen. Es halten sich die Probleme durchaus im Rahmen einer System-Umstellungsphase. Handelsabkommen mit Drittländern werden laufend abgeschlossen.

Dass nun der Brexit in der Praxis so spektakulär und relativ reibungslos über die Bühne gegangen ist, und GB entgegen allen Ankündigungen nicht im Chaos versunken ist, wollen einige EU-Fanatiker nicht so ohne weiteres hinnehmen. Deshalb haben sie vor kurzem ein großes mediales Getöse um Lieferkettenprobleme wegen eines Mangels an ehemals vorwiegend osteuropäischen LKW-Fahrern veranstaltet. Nun gibt es derzeit wegen der Anti-Covid-Maßnahmen Lieferkettenprobleme weltweit. Da macht GB keine Ausnahme. Was die LKW-Fahrer betrifft, kann man nur sagen: Glücklicherweise das Land,

das solche Probleme hat, denn sie können schnell behoben werden. Die Umschulung von PKW- zu LKW-Fahrern lässt sich in einigen Wochen bewerkstelligen.

Der Handel zwischen EU und GB wird in Zukunft allerdings etwas komplizierter werden. Und das ist auch gut so. Die von der EU geförderten Export- und Transportexzesse der letzten Jahre können durchaus der Vergangenheit angehören. Vor allem Alltagsprodukte müssen nicht hunderte von Kilometern durch die Länder gekarrt werden, sondern sollen weitgehend im eigenen Land erzeugt werden. Wer z. B. trotz qualitativvoller heimischer Erzeugung unbedingt griechisches Joghurt oder irische Butter haben will, soll dafür auch mehr bezahlen. Die Natur und die Anwohner an den Transitstrecken werden es danken.

Quellen: [gtai.de](#); [medmedia.at](#); [n-tv.de](#)

Die USA nehmen Deutschland für die Ukraine in Geiselschaft

Die USA und Deutschland sind nach jahrelangem Streit um die Gasleitung Nordstream 2 zu einer Einigung gekommen. Was bei oberflächlicher Betrachtung nach einem tragfähigen Kompromiss aussieht, der beide Seiten das Gesicht wahren lässt,

ist in Wirklichkeit **eine Falle für Deutschland** und hält für die Zukunft beträchtlichen Sprengstoff für Europa bereit.

Die Vereinbarung vom 21. Juli besagt, dass die USA die Erlaubnis(!) geben, die nun fast fertiggestellte Ostsee-Pipeline

in Betrieb zu nehmen. Die Sanktionsdrohungen gegen beteiligte Firmen sollen vorläufig ausgesetzt werden. Im Gegenzug verpflichtet sich Deutschland zu Sanktionen gegen Russland, falls dieses versuchen sollte, „Energie als Waffe ein-

(Fortsetzung auf Seite 4)

zusetzen oder weitere aggressive Handlungen gegen die Ukraine zu begehen“. Weiters verpflichtet sich Deutschland, bei der russischen Regierung auf eine Fortsetzung des 2024 auslaufenden Gastransitabkommens mit der Ukraine zu dringen und an der Verringerung ihrer Abhängigkeit vom russischen Gas und dem Transitabkommen mitzuarbeiten. Beide Seiten verständigen sich darauf, einen „grünen Fonds“ für die Ukraine einzurichten, mit einer „Anschubfinanzierung“ von 175 Millionen Dollar aus Deutschland für eine neue, grüne Energiepolitik.

Diese Bestimmungen haben es in sich. Hinter der nach außen hin von den USA zur Schau getragenen Fürsorge für die Ukraine versteckt sich knallharte Geopolitik, bei

der seit Jahrzehnten als oberstes Prinzip gilt, **ein Zusammengehen Deutschlands bzw. Europas mit Russland zu verhindern, und wenn sich diese anbahnt, Spaltkeile hineinzutreiben.**

Deutschland begibt sich dadurch in eine prekäre Lage. Einerseits wird es durch diese Vereinbarung gegenüber Russland und Osteuropa zu einem allseits wahrgenommenen Komplizen der USA bei der Abhängigmachung, Ausplünderung und De-Industrialisierung Osteuropas, nicht zuletzt im Rahmen der „Klima- und Energiepartnerschaft“ und der Drei-Meere-Initiative, andererseits gerät es in Gefahr, selbst unter die Räder zu kommen, wenn z. B. die „westliche Wertegemeinschaft“ (USA u. EU) beschließt, den

Sanktionsboykott gegen Russland auf die Gaslieferungen auszuweiten. Da es sich vertraglich verpflichtet hat, dabei mitzumachen, wäre es bei seiner aufgrund der Energiewende ohnehin bereits wackeligen Versorgungssicherheit gezwungen, umweltschädigend gewonnenes, wesentlich teureres, auf Schiffen herangeschafftes Flüssiggas aus den USA zu beziehen. Sollte Russland den Transitvertrag mit der Ukraine nicht erneuern wollen, was bei der Gas-Kleptomanie der Ukraine durchaus verständlich wäre, wäre Deutschland verpflichtet, den der Ukraine dadurch entstandenen Schaden auszugleichen. Es ist unglaublich, wie töricht bzw. unterwürfig deutsche Politik ist.

Quellen: dw.com/de; de.rt.com

Lesenswert – sehenswert – hörenswert!

- **Die permanente Krise.** Der Aufstieg der Finanzoligarchie und das Versagen der Demokratie. Buchautor Marc Chesney zeigt auf, dass das vielzitierte Wirtschaftswachstum auf einer Explosion weltweiter Schulden basiert und insofern künstlich und von der Realwirtschaft losgelöst ist. Es gibt Auswege. ISBN 978-3-03909-261-1
- **Die 5 besten Gründe gegen das Gendern** (kurz erklärt): Video von Tamara Wernli (Dauer: 09:03) www.youtube.com/watch?v=rkTdC8f8nPO
- **Ist das noch Wetter oder schon Klima?** Artikel von Markus O. Häring in der Zürcher „Weltwoche“. Klimawarner machen mit Wetterkapriolen Stimmung. Eine unseriöse Masche wird salonfähig.
- **Hört auf die Vernunft.** Interview von Ayaab Hirsi Ali mit der Zeitung „Magyar Nemzet“. Die in Somalia geborene niederländisch-amerikanische Schriftstellerin spricht von der Gefahr und den Folgen von immer neuen Flüchtlingswellen in Europa seit dem Ausbruch des Arabischen Frühlings. unser-mitteuropa.com/ayaan-hirsi-ali-hoert-auf-die-vernunft/
- **Deutschlands Eliten erhalten Ausbildung beim WEF: Die Kaderschmiede des Klaus Schwab.** Online-Artikel der Deutschen Wirtschaftsnachrichten. Ernst Wolff deckt auf, wie die Kaderschmiede des World Economic Forums funktioniert und welche Politiker, Top-Manager, Milliardäre und Meinungsmacher dort ausgebildet werden. deutsche-wirtschafts-nachrichten.de
- **Bei diesem Mob an Polizisten schlägt es einem die Sprache.** Bildmaterial mit Kommentar zu den ungeheuerlichen Vorgängen gegenüber Leuten, die es am 1. August wagten, trotz Demo-Verbot auf die Straße zu gehen. www.hallo-meinung.de
- **Tabula Rasa. Der große Reset.** Packender Video-Vortrag von Robert Stein. www.youtube.com
- **Ex-Vizepräsident von Pfizer packt aus:** „Ich glaube nicht, dass die aktuellen genbasierten Impfstoffe ein ausreichendes Sicherheitsprofil haben“, sagt Dr. Michael Yeadon im Film „Planet Lockdown“. www.corona-transition.org
- **Corona: Zwischenkrisenzeit?** Der RTV-Gespräch (Video) mit dem Allgemeinmediziner Christian Fiala und dem Journalisten Ernst Wolff. www.youtube.com

Wussten Sie.....?

China sammelt weltweit Gendaten

US-Sicherheitsberater warnten schon im März vor einer riesigen Bank von Erbgutdaten, die von Chinas größtem Genomikunternehmen BGI gesammelt und mittels künstlicher Intelligenz (KI) analysiert würden. Diese Datenbank verschaffe der Volksrepublik einen wirtschaftlichen und militärischen Vorteil gegenüber den USA, meinten sie. Denn das BGI begann schon 2010 mit chinesischen Militärkrankenhäusern zusammenzuarbeiten, um die Genome von Föten zu untersuchen.

Die USA befürchten, China könnte so nach und nach versuchen, die Pharmaindustrie

weltweit zu dominieren. Außerdem, bemerkten die US-Berater, könne die Analyse eines Menschen bereits im Mutterleib genutzt werden, um Informationen darüber zu bekommen, wie er körperlich und geistig beschaffen ist.

Durch die Analyse der BGI-Tests, die unter dem Namen „Nifty“ weltweit vermarktet werden, könnte man beispielsweise Soldaten rekrutieren, die einen besonders gut ausgeprägten Hör- und Sehsinn haben, oder man könnte aufgrund dieser Daten Personen für Funktionen in der Kommunistischen Partei auswählen. „Nifty“ soll auch die „Qualität

der Bevölkerung“ verbessern helfen. Überdies, so befürchten die USA, **könnte China Krankheitserreger dahingehend manipulieren, dass sie nur eine bestimmte Bevölkerungsgruppe treffen.**

Die chinesischen „Nifty“-Tests gehören zu den meistverkauften nicht-invasiven Pränataltests (NIPTs). Bisher wurden laut BGI weltweit mehr als acht Millionen schwangere Frauen damit getestet, auch in Europa und in Österreich. Die Sorge vor einem Datenabfluss ist groß. In der Tat macht BGI keinen Hehl daraus, zumindest Blutprobenreste an sein Labor in Hongkong zu schicken,

(Fortsetzung auf Seite 5)

um anonymisierte genetische Daten für die Bevölkerungsforschung einzusetzen. Hongkong ist Chinas Sonderverwaltungszone und wurde mit dem „Sicherheitsgesetz“ 2020 politisch auf Linie gebracht.

Die Datenschutzrichtlinien des „Nifty“-Tests besagen überdies, dass die gesammelten Daten weitergegeben werden können, wenn sie „direkt relevant für die nationale Sicherheit oder die nationale Verteidigungssicherheit“ in China sind. Das BGI behauptete allerdings, dass es „niemals

darum gebeten wurde, Daten aus seinen Nifty-Tests für die nationale Sicherheit oder die nationale Verteidigung an chinesische Behörden weiterzugeben, noch hat es diese Daten zur Verfügung gestellt“.

Chinas Außenministerium bezeichnete diese „Anschuldigungen und Verleumdungen“ von US-Behörden als „grundlos“. Zahlreiche amerikanische Firmen und IT-Konzerne sammeln und verarbeiten ebenfalls weltweit Gesundheitsdaten von Menschen.

Quelle: orf.at

„Woke“ – eine totalitäre Steigerung der politischen Korrektheit

„Woke“, zu deutsch wach oder erweckt, ist ein bereits seit längerem bekannter, aus dem Afroamerikanischen stammender Begriff, der in letzter Zeit vor allem durch die Black-Lives-Matter-Bewegung größere Verbreitung gefunden hat. Er beschreibt ein „erwachtes“ Bewusstsein für (angebliche) Ungleichheit und Unterdrückung von Minderheiten und bezieht sich auf die linken Kampfthemen Rassismus, Sexismus, Feminismus, Gender, LGBT-Personen und Klimawandel. Aktivistisches oder militantes Eintreten für diese Anliegen geht damit meist einher.

„Woke“ verlangt korrektes Reden, Schreiben und Meinen. Die Waffe ist eine Pranger-Kultur in den sozialen Medien mit dem Ziel der sozialen Vernichtung des Andersdenkenden. Den ökonomischen Tod und damit die endgültige Vernichtung des Gegners ermöglicht die auf den Shitstorm

folgende Cancel-Kultur:

Nicht mainstreamkonforme Bücher werden verboten. Auf Facebook, Twitter und YouTube werden Kritiker gelöscht oder deren Beiträge zensuriert oder – noch perfider – deren Videos heimlich so manipuliert, dass der Ersteller blöd dasteht. Gleichzeitig wird Druck auf Arbeitgeber ausgeübt und werden Strafanzeigen eingereicht.

Ein Hauptaugenmerk wird auf die Sprachüberwachung gelegt. Man darf z.B. nicht mehr „Vater“, „Mutter“, „Tochter“ sagen, sondern „Eltern“, „Kind“ und „Geschwister“. Es wird sogar gefordert, zum Schutz vor Diskriminierung statt „der/die“ oder „ein/eine“ nur noch „ens“ zu sagen – also „Ens Mann und ens Frau gehen in ens Haus.“ „Ens“ ist die Mitte des Wortes «Mensch».

Obwohl sich diese Bewegung aufgrund ihres linken Extremismus und Totalitarismus

Der Vorgang wirft ein Licht auf den generellen Umgang mit Medizindaten durch Regierungen und Konzerne. Es scheint uns sehr wahrscheinlich, dass China bei den chemischen Waffen eine globale (Abschreckungs-)Überlegenheit erreichen will – eine Vorstellung, die mehr als sorgenvoll stimmen muss. Bemerkenswert ist auch, dass ausgerechnet regierungsnaher US-Stellen darauf aufmerksam machen. Ob sie die Konkurrenz abschütteln wollen?

Das Maastrichter Imperium ist eine Gestalt gewordene Form der totalitären Gesellschaft, die Orwell in seinem Roman „1984“ beschreibt.

Michel Onfray, französischer Philosoph, Autor und Totalitarismus-Forscher

selbst ad absurdum führt, ist sie dennoch gefährlich, denn sie hat bereitwillige Helfer in Medien und Verlagen, Schulen, Stiftungen und Universitäten, bis hinein in die Vorstandsetagen, Staatsanwaltschaften und Gerichte. Das Deutsche Auswärtige Amt etwa fordert seine Mitarbeiter auf, „woke“ zu werden. Außenminister Heiko Maas (SPD) findet, sein Ministerium solle „an der Spitze der Bewegung“ stehen.

Quellen: wikipedia.org; schweizerzeit.ch



Parteilich Stellung zu beziehen, und sei es auch nur durch das Hissen der Fahne eines kriegsführenden Landes auf dem Dach des Bundeskanzleramtes widerspricht dem in Sonntagsreden gerne vorgebrachtem Versprechen, Frieden schaffen zu wollen, und nicht zuletzt dem Neutralitätsstatus Österreichs. Dadurch verliert unser Land seine wertvolle außenpolitische Funktion, im Konfliktfall als glaubwürdiger Friedensvermittler anerkannt zu werden.

„Was uns krank macht, was uns heilt“

Interview mit dem Neuroimmunologen Univ.-Prof. DDr. Christian Schubert (gekürzt)

Herr Schubert, Ihr Buch „Was uns krank macht, was uns heilt“ haben Sie bereits vier Jahre vor Beginn der Pandemie geschrieben. Gefragt vor dem Hintergrund Ihrer Erfahrungen der zurückliegenden 16 Monate: Macht die Corona-Krise auch Menschen krank, die gar nicht vom SARS-CoV-2-Virus befallen sind?

Ja, ich denke, das kann passieren. Ich habe die Ereignisse rund um Covid-19 von Beginn an aus einem medizinisch erweiterten, biopsychosozialen Blickwinkel betrachtet. Aus der Forschung wissen wir, dass sich Pandemien auch auf der psychologischen Ebene abspielen und Wirkung erzielen. Man darf ein Virus nicht als eine rein biologische Entität begreifen. Je mehr es in unser Bewusstsein drängt, desto rascher lädt es sich zu einem Symbol auf. Dementsprechend wird in der Wissenschaft der Begriff der psychologischen Pandemie verwendet. Wir können davon ausgehen, dass mit dem unablässigen medialen Erscheinen von Zahlen und Bildern von Kranken und Toten Informationen auf uns eindringen, die mithin ansteckender sein können als

der Erreger selbst. Das Symbol des „Killer-virus“ verbreitet Angst und Panik und das löst Immunsuppressionen aus. Das heißt, dass Immunreaktionen, die vor einer Infektion schützen, unterdrückt werden. Das ist wissenschaftlich sehr gut belegt.

Und das ist nicht nur eine Vermutung?

Nein, auf dem Gebiet wird eifrig geforscht. Zum Beispiel zeigt eine aktuelle Studie des US-amerikanischen Centers for Disease Control and Prevention (CDC) diese Zusammenhänge auf. Die Autoren kommen darin zu dem Schluss, dass Angst- und angstbezogene Störungen der zweitstärkste Risikofaktor – nach Fettleibigkeit – sind, an Covid-19 zu versterben. Sie gehen vor dem Hintergrund ihrer Daten sogar davon aus, dass bei manchen Patienten die Entwicklung von Angst während der Erkrankung zum Tod geführt haben könnte. In Österreich haben sich die Zahlen an Menschen mit Angststörungen und depressiven Beschwerden seit Beginn der Krise verfünf- bis versechsfacht.

Nun ist diese Schockstrategie, wie sie gerade in der Frühphase der Krise von der Regierung gefahren worden ist, auch

(Fortsetzung auf Seite 6)

von Virologen und Medizinern entwickelt worden. Hat sich die Bundesregierung falsch beraten lassen?

Auf alle Fälle. Die Schulmedizin ist wegen grundlegender erkenntnistheoretischer Irrtümer komplett falsch aufgestellt. Sie neigt zu Paradoxien, aktuell zu der, Menschen durch Lockdowns, AHA-Regeln, Isolation und Maskentragen dazu bringen zu wollen, sich vor dem Virus zu schützen. Wer so etwas verordnet, denkt dualistisch, indem er die Psyche vom Körper absplattet, und provoziert mit seiner technisch-mechanistischen „Therapie“ massive Schäden für das Immunsystem.

Nun gibt aber gerade die Corona-Krise wenig Anlass zur Hoffnung, dass die Schulmedizin und die Pharmedien alsbald den Rückzug antreten könnten. Im Gegenteil: Besser hätte es sie kaum treffen können, oder?

In der Tat steuern wir momentan in Richtung einer noch zynischeren und menschenfeindlicheren Medizin mit ihren erkenntnistheoretischen Irrtümern Dualismus, Reduktionismus und Mechanizismus, um nur einige zu nennen. Als wäre die Entwicklung nicht bisher schon schlimm genug gewesen, wird die Situation weiter pervertiert. Durch Digitalisierung, Robotik und transhumanistische Spinnereien von der Verschmelzung von Mensch und Computer wird die Dehumanisierung und Entfremdung zwischen Arzt und Patient auf die Spitze getrieben.

Wo bleibt bei Ihrer Aufzählung die Impfung? Die globale Massenvakzinierung dürfte kaum nach Ihrem Geschmack sein.

Da haben Sie recht, doch überraschen tut es mich nicht, denn eigentlich ist das typisch für die Schulmedizin und ihr Maschinenmenschbild. Dieses Impfdogma, dieser Schrei nach künstlicher Infektion ist purer Reduktionismus. Lieber verpasse ich jemandem eine Spritze, als dass ich ihn auf eine natürliche Infektion vorbereite. Und wer sich nicht impfen lassen will, dem wird mit Freiheits einschränkung gedroht. Wie unmenschlich, wie unnatürlich. Dabei müsste es genauso laufen, wie es vor Corona mit jedem viralen Erreger gelaufen ist: Wenn sich Menschen natürlich anstecken, gerade die große Mehrheit derer, für die das Virus keine besondere

Bedrohung darstellt, dann kommen wir am schnellsten und besten aus der Krise heraus. Beim Aufbau einer natürlichen Herdenimmunität sind gerade Kinder und Jugendliche unsere besten Freunde, ihnen kann SARS-CoV-2 praktisch nichts anhaben. Was geschieht stattdessen? Wir machen monatelang die Schulen dicht und verhindern die Verbreitung des Virus unter Menschen mit intaktem Immunsystem. Und jene, die wir damit vermeintlich schützen wollen, sterben in den Pflegeheimen, auf die wir aber monatelang nicht gesondert auf gepasst haben.

Dazu kommen die Defizite der Impfung gegen SARS-CoV-2 selbst. Der Impfschutz richtet sich nur gegen einen Teil des Virus. Was, wenn weitere Mutationen den Impfstoff immer weniger wirksam machen? Wenn wir nicht ganzheitlich, also in seiner vollen Beschaffenheit mit dem Virus konfrontiert sind, wie das bei einer natürlichen Infektion geschieht, liegt es nahe, dass der sogenannte Schutz immer wieder erneuert, also aufgefrischt werden muss. Dahinter stehen sicher auch ökonomische Interessen. Ein gigantischeres Geschäft ist kaum vorstellbar.

Das nach dem Willen der Bundesregierung auch auf Kinder und Jugendliche ausgeweitet werden soll. Ihr Urteil?

Der Paragraph 42 des österreichischen Arzneimittelgesetzes besagt unmissverständlich, dass ein Arzneimittel nur verabreicht werden darf, wenn der mit der Einbeziehung in die klinische Prüfung verbundene Nutzen für den Prüfungsteilnehmer das Risiko überwiegt und wenn im Zweifel die Interessen des Patienten stets über den öffentlichen Interessen und den Interessen

Aktuelle Volksbegehren deren Unterstützung uns empfehlenswert erscheint

- Anti-gendern-Volksbegehren (registriert seit 15.04.2021)
- Lebensmittelrettung statt Lebensmittelverschwendung (registriert seit 28.04.2021)
- Für uneingeschränkte Bargeldzahlung* (registriert seit 31.05.2021)
- Recht auf Wohnen (registriert seit 16.03.2020)
- Kauf regional (Eintragszeitraum 20. – 27. Sept. 2021)
- Asylstraftäter sofort abschieben (registriert seit 15.07.2021)
- Verbot für Kinder-Instagram (registriert seit 19.07.2021)

Jedes Volksbegehren kann in jeder Gemeinde bzw. jedem Magistrat unter Vorlage eines Lichtbildausweises zu regulären Amtszeiten mit einer Unterschrift unterstützt werden oder online mit Handy-Signatur bzw. Bürgerkarte.

Detaillierte Infos über diese Volksbegehren können auf der Webseite des Innenministeriums nachgelesen werden (bmi.gv.at)

**Erwähnenswert finden wir das Volkbegehren für uneingeschränkte Bargeldzahlung in zweifacher Hinsicht. Man könnte sich nämlich auch fragen: Was kann neben der Unterstützung dieses laufenden Volksbegehrens sonst noch Hilfreiches gegen die Bargeldabschaffung getan werden: Sooft es nur geht mit Bargeld bezahlen – und den fälligen Betrag z.B. bei freundlichen Damen an der Kassa etwas aufrunden. Die Kassiererinnen können mit dieser anerkennenden Geste als Bargeld-Unterstützerinnen und Multiplikatorinnen gewonnen werden.*

der Wissenschaft stehen. Kinder mit einem unerforschten Impfstoff zu impfen, erfüllt daher den Straftatbestand der Körperverletzung und wäre, angesichts eines Virus, das für Heranwachsende völlig harmlos ist, ein Verbrechen.

Auffällig an der, wie es heißt, „größten Gesundheitskrise“ ist, dass die Bundesregierung und ihre Berater in der ganzen Zeit praktisch kein Wort zur Förderung der Gesunderhaltung und Krankheitsvermeidung verloren haben. Es geht immer nur um die Abwehr von Krankheit.

Deswegen würde ich auch nicht von der größten Gesundheitskrise sprechen, die wir je erlebt haben. Wir erleben die bisher größte Krise der westlichen Medizin. Anstrengungen dahingehend, die Psyche und das Immunsystem des Menschen in Einklang zu sehen, um damit der Pandemie zu begegnen, haben überhaupt nicht stattgefunden. Nie zuvor hat die Medizin mit größerer Offenheit gezeigt, wie wenig Interesse sie in Wirklichkeit am Menschen an sich hat.

Quelle (vollständiges Interview): www.nachdenkseiten.de

Lesermeinungen - Stimmen aus dem Volk

Digitale Vergewaltigung aller Bürger

Bereits vor der Pandemie gab es deutliche Tendenzen, wo von offizieller staatlicher Seite der Besitz von iPhone, Tablet und/oder Heimcomputer samt Internetanschluss vorausgesetzt wird. Seit der Pandemie wurde

diese digitale und sehr teure Ausstattung vom Staat geradezu überlebenswichtig für die Bürger.

Damit verbunden sind hohe Investitionen in Hard- und Software für jedes Familienmitglied, vom Kind bis zum Greis. Über die vielfach dringend notwendige Einschulung

weiter Bevölkerungskreise für Bedienung der Geräte und Systeme wird geschwiegen, ebenso wird über die Wartungskosten nicht einmal ansatzweise diskutiert, auch darüber nicht, dass diese vom Staat vorausgesetzte Weiterbildung vom öffentlichen österreichischen Bildungssystem, insbesondere für

(Fortsetzung auf Seite 7)

von der Pflichtschule bereits abgegangene Personen, gar nicht angeboten wird. Dabei wird der Besitz und die Handhabung dieser Technologie nicht nur beim sogenannten „Grünen Pass“ vorausgesetzt, obwohl eine analoge Variante kostengünstiger, umweltfreundlicher, weil ohne Energieverbrauch, unabhängiger und verlässlicher ist.

Ich stelle daher die Forderung zur Diskussion, dass der Staat sofort die IT-Kosten für Hard- und Software, Wartung und Schulung sowie die Netz-Zugangskosten rückwirkend bis Ende 2019 voll steuerlich abzugsfähig macht und kurzfristig für die staatlich verordnete digitale Zukunft die Mindestausstattung samt Netzanschluss, Schulung und Wartung allen österreichische Staatsbürgern kostenlos zur Verfügung stellt.

Wenn ein Staat diese Technologie zur Voraussetzung der Ausübung der Bürgerfreiheit, ja sogar der Bewegungsfreiheit macht, dann muss er auch die leichte und kostenlose Zugangsmöglichkeit zu dieser zweifellos noch unausgegorenen, weil unverlässlichen und für Cyberkriminalität anfälligen Technologie bereitstellen und zwar in deutscher Sprache!

Analoge Systeme zur Wahrung ALLER Bürgerrechte müssen aus Gründen der Resilienz und Sicherheit parallel zu digitalen Systemen angeboten werden. Analog ist das neue Bio! KR Anton Bucek, Salzburg

Schulen ohne Öffentlichkeitsrecht haben auch Vorzüge

Ich möchte Ihnen gerne von meinen Corona-Erfahrungen an unserer kleinen Schule erzählen. Sie ist nach der Rechtsform ein Verein und nennt sich „Lernstube Wien“. Unser Team, bestehend aus vier Lehrerinnen bereitet die Kinder im Präsenzunterricht auf eine Externistenprüfung pro Gegenstand vor. Der Unterricht findet individuell mit 6 bis 10 Schülern statt. Jeder Schüler kann in seinem eigenen Tempo lernen. An unserer Schule werden Kinder mit Lernschwierigkeiten ebenso unterrichtet wie solche mit hoher Begabung. Unserer Schule fehlt zwar das Öffentlichkeitsrecht, doch in den vergangenen „Corona-Monaten“ hatte sich das als ausgesprochen vorteilhaft erwiesen, denn die gesetzlichen Hygienevorschriften gelten in dieser Strenge nur für öffentliche Schulen. So war ein Lernen ohne Testzwang und Mundschutz gut möglich, da die „Lernstube Wien“ (www.lernstubewien.at) häuslichen Unterricht durchführt und daher die Eltern entscheiden, ob ihre Kinder getestet werden bzw. eine Maske tragen sollen.

Mag. Eva-Maria Blechinger, 1130 Wien

So wird Macht einzementiert

Eine Vielzahl von Parteien will für den deutschen Bundestag kandidieren, aber nur eine Handvoll davon kommt in den Medien vor. So

wird die Macht der Systemparteien einzementiert, denn je größer und mächtiger eine Partei vor der Wahl ist, desto mehr Wahlkampfbudget bekommt sie:

Korrekt wäre, ein Budget für alle Parteien zu erstellen, und dieses auf alle Parteien gleichmäßig zu verteilen. Jene, die nicht in allen Bundesländern kandidieren, sollen Geldmittel im entsprechenden Verhältnis bekommen, wie viele Einwohner sie theoretisch wählen könnten, z.B. die Partei x kandidiert nur in 1 Bundesland mit 3 Mio. Wahlberechtigten, diese soll den %-Satz bekommen, wie er im Verhältnis zu den bundesweit Wahlberechtigten steht.

Peter Baalman, Frankenmarkt

Zu den verschiedenen Konflikten von Afghanistan bis Nahost

Mit dem Vermögen, das in den letzten 60 Jahren in Palästina verpulvert wurde, hätte sich vermutlich die halbe, wenn nicht sogar die ganze Sahara bewässern lassen. Das hätte blühende Siedlungen ergeben, nicht nur für die Palästinenser sondern beinahe für den Bevölkerungsüberschuss des afrikanischen Kontinents. Die Menschheit will offenbar zerstören statt aufbauen. Schlussendlich wird sie sich selbst zerstören.

Leserbriefschreiber der Red. bekannt

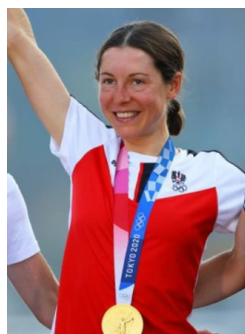
Liebe Leserbriefschreiber! Für Ihre Stellungnahme danken wir Ihnen herzlich. Gleichzeitig bitten wir Sie um Verständnis, wenn wir aufgrund einer Vielzahl von Zuschriften nicht alle Leserbriefe abdrucken oder nur Auszüge aus Ihrem Schreiben bringen können und fallweise Kürzungen vornehmen müssen. Wir stellen fest, dass die hier veröffentlichten Leserbriefe nicht in allen Punkten mit unserer Meinung übereinstimmen müssen.

Positives, Erfreuliches, Nachahmenswertes...

Große Freude über Gold

Anna Kiesenhofer hat am 1. August bei den Olympischen Spielen in Tokio die Goldmedaille im Radstraßenrennen der Frauen gewonnen. Über ihren Erfolg jubelten nicht nur die österreichischen Radsportvereine und Aktiven, ganz Österreich war begeistert über diesen unerwarteten Sieg der Radsportlerin aus dem niederösterreichischen Kreuzstetten, überhaupt als bekannt wurde, dass Kiesenhofer keine professionelle und mannschaftliche Betreuung und Sponsoren in Anspruch genommen, sondern alle Trainingskosten, sogar Arbeitsausfallkosten aus eigener privater Tasche bezahlt hat. Für die Teilnahme an den Olympischen Spielen nahm sie sich sogar eine Woche Urlaub.

Hinter dieser großartigen Leistung der bescheidenen und sympathischen Gewinnerin steckte also die wichtigste und bis vor wenigen Jahren streng beachtete Voraussetzung, nur als Amateurin zu den Spielen antreten zu können. „Die Respektierung des olympischen Gedankens erfordere dies“, waren damals die Verantwortlichen des IOC der Meinung. Schiweltmeister Karl Schranz wurde 1972 sogar wegen dieses sogenannten Amateur-Paragraphen von den Winter-Spielen in Sapporo ausgeschlossen. Anna Kiesenhofer wird wohl eine seltene Ausnahmeerscheinung gewesen sein und bleiben. Wir freuen uns deshalb über ihren Sieg sehr und gratulieren ihr herzlich.



Anna Kiesenhofer
Bild: icdn.dantri.com.vn/

Grönland stoppt neue Erkundungen von Erdölvorkommen

Auf und um Grönland gibt es riesige Rohstoffvorkommen, die bisher wenig erforscht und kaum erschlossen sind. Die größte Insel der Erde birgt vor allem Erdöl, Uran, Erze und Seltene Erden, die für die Energiewirtschaft und verschiedene Sparten der Industrie von Bedeutung sind. Das weckt natürlich Begehrlichkeiten. Deshalb hat die EU bereits 2012 ein Rohstoffabkommen mit Grönland geschlossen. In den Mittelpunkt der weltweiten Aufmerksamkeit rückte Grönland, als US-Präsident Trump 2019 ein Kaufangebot für die gesamte Insel vorlegte, was international – wohl auch aus Konkurrenzneid – für Entrüstung sorgte. Die polare Eisschmelze und die steigenden Rohstoffpreise machen die gesamte Arktisregion für die Anrainerstaaten und Weltmächte immer interessanter – mit entsprechendem Konfliktpotential.

Die Grönländer selbst und ihre neue Regierung scheint das nicht sonderlich zu beeindrucken. Es gibt für sie andere Prioritäten: eine intakte Natur, die Fischerei und ein sanfter Tourismus. Deshalb hat die Regierung vor kurzem beschlossen, die Ölsuche zu beenden. Die Folgen der Ölförderung für die Umwelt wären zu groß. Dabei spielen auch wirtschaftliche Aspekte eine Rolle: Die Mittel, die wir



Lullisat, Grönland
Bild: naturreisen.is

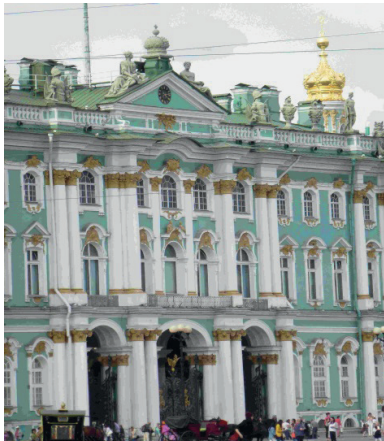
(Fortsetzung auf Seite 8)

verwenden, um diesen Traum am Leben zu halten, können an anderer Stelle unserer Wirtschaft besser eingesetzt werden. Grönland ist besser dran, wenn es sich auf eine nachhaltige Entwicklung konzentriert. Die Zukunft liegt nicht im Öl. Die Zukunft gehört den erneuerbaren Energien, und was das angeht, haben wir viel mehr zu gewinnen. Auch der Uranabbau soll verboten werden.

Quellen: miningscout.de; polarkreisportal.de

Beneidenswert, wie autonom Grönland Entscheidungen pro Mensch und Natur und gegen das international vagabundierende Kapital treffen kann. Warum wohl? Grönland ist 1985 aus der EU – damals noch als EG bezeichnet – ausgetreten.

„Lasst uns Frieden stiften“ – ein Zeichen des Gedenkens und der Versöhnung



St. Petersburg – Winterpalast

Am 22. Juni jährte sich zum 80. Mal der Beginn des Angriffskrieges Deutschlands auf die Sowjetunion, der unendliches Leid über die Menschen brachte. Er forderte allein in der Sowjetunion 27 Millionen Opfer.

Das *Deutsch-Russische Forum* und das *International Peace Bureau (IPB)* veröffentlichten zum 80. Jahrestag des deutschen Angriffs auf die Sowjetuni-

on den Aufruf „Lasst uns Frieden stiften“.

Die mehr als 1300 Unterzeichner erinnern an die Opfer der Gräueltaten dieses Krieges und fordern die Politiker Europas auf, die Denkmuster des Kalten Krieges zu überwinden und aufeinander zuzugehen.

Der Aufruf, der am 22. Juni 2021 in der «Berliner Zeitung» und in der russischen Zeitung «Kommersant» abgedruckt wurde, setzt vor dem Hintergrund der schweren Spannungen im deutsch-russischen Verhältnis ein Zeichen des Gedenkens und der Versöhnung. Auch das Treffen im Rahmen des St. Petersburger Wirtschaftsforums (*International Economic Forum - SPIEF*) vom 2. bis 5. Juni, mit insgesamt 5.000 Gästen, sollte dem Einvernehmen zwischen Russland und Westeuropa dienlich sein.

Beide Aktivitäten des Ausgleichs und der Annäherung fanden, abgesehen von wenige Ausnahmen, so gut wie keine Erwähnung in den westlichen Leitmedien.

Quellen: Zeit-Fragen.ch; info-direkt.eu; forumspb.com

Schweizer „Mikrosteuer-Initiative“ für ein gerechteres, einfacheres, transparenteres und moderneres Steuersystem



Anders als die EU, die gerade Pläne für eine Digitalsteuer über Bord geworfen hat, läuft in der Schweiz eine Volksinitiative, die das Gegenteil davon erreichen will. Sie sieht die stufenweise Einführung einer automatisch eingehobenen „Mikrosteuer“ von max. 0,5% auf den gesamten elektronischen Zahlungsverkehr vor, **bei gleichzeitiger Abschaffung von drei bisherigen Steuern, Mehrwertsteuer(!), direkte Bundessteuer und Stempelsteuer.** Dies klingt fast unglaublich, ist aber nach Berechnungen von Steuer- und Finanzexperten durch das gigantische Anwachsen des Volumens der elektronischen Transaktionen im Finanz- und Zahlungssystem möglich geworden. Durch die automatische digitale Abwicklung, die jede Transaktion erfasst, z. B. wenn man zum Friseur oder ins Restaurant geht und mit Kreditkarte zahlt, wenn man Geld vom Bankomaten abhebt, wenn man Aktien über den Computer kauft, wenn Geld zwischen Banken hin- und hergeschoben wird, oder wenn man Rechnungen mit dem Mobiltelefon zahlt, ergibt sich ein wesentlicher Schritt in Richtung Vereinfachung des komplizierten Steuersystems, größerer Transparenz und größerer Steuergerechtigkeit. Alles läuft nach dem Prinzip „wer mehr Geld bewegt, zahlt auch mehr Steuern“. Durch den Wegfall der Mehrwertsteuer wird vor allem die Unter- und Mittelschicht entlastet, weil der Konsum günstiger wird, entlastet werden auch die Klein- und Mittelbetriebe, weil für sie der administrative Aufwand der Mehrwertsteuer-Verrechnung wegfällt und der Steuersatz wesentlich günstiger ist. Den großen Banken, die Hochfrequenzhandel betreiben, den internationalen Konzernen mit ihrer Steuervermeidungspolitik, der Finanzindustrie insgesamt, die viel verdient, aber wenig Steuern zahlt und für die zunehmende wirtschaftliche Instabilität die Hauptverantwortung trägt, weil sie den schnellen Profit über das Wohl der Gemeinschaft stellt, und den Digitalisierungsfanatikern generell würde das natürlich weniger gefallen. Nach Meinung der Experten wird das erste Land, welches die Mikrosteuer einführt, einen reellen Vorteil gegenüber den anderen Ländern haben, weil es unzählige Firmen anziehen wird, die von den mit der Mikrosteuer verbundenen Vorteilen profitieren wollen. Bis zum 5. November sollen 100.000 Unterstützungen gesammelt sein. Dann können die Schweizer innerhalb von sechs Monaten über diese Vorlage abstimmen.

Quellen: mikrosteuer.ch; *Zeit-Fragen Nr. 14/21*

Wir bitten um Ihre Unterstützung

Wenn Sie, lieber Leser, verehrte Leserin, die Arbeit der NFÖ unterstützen wollen, so haben Sie viele Möglichkeiten. Kontaktieren Sie uns! Falls Sie beiliegend in unserem Nachrichtenblatt einen Erlagschein finden, so sehen Sie darin bitte keine versteckte Verpflichtung, wenn gleich wir offen gestehen, dass finanzielle Zuwendungen für unsere Arbeit gerade im Hinblick auf die hohen Druck- und Portokosten eine große Hilfe wären. **Wir erhalten keinen Cent aus Steuermitteln oder öffentlichen Fördertöpfen.**

Allen unseren bisherigen Spendern sagen wir ein herzliches Dankeschön! Bitte Adressenänderung frühzeitig bekannt geben. Teilen Sie uns bitte – wenn möglich – auch die Adressen von interessierten Bekannten mit. Danke!

Wichtiger Hinweis!

Im Zusammenhang mit der Neuverteilung der Aufgaben haben wir auch ein neues Konto bei der Volksbank Salzburg eröffnet. Die **neue IBAN-Nummer** lautet: **AT53 4501 0001 0925 8996.**

Ein Rest von alten Erlagscheinen von der VB Tirol (IBAN: AT31 4239 0000 0002 9637) kam noch bei Teilen dieser Aussendung zum Einsatz. Sie haben bis Ende des Jahres Gültigkeit.

Redaktionsschluss: 14. August 2021

Blattlinie: Für Neutralität, Direkte Demokratie und Souveränität, unter Beachtung der Gesetze der Republik Österreich.
Impressum: Verantwortlich für Inhalt u. Gestaltung: Bündnis *Neutrales Freies Österreich – NFÖ*, 1230 Wien, Schimekgasse 30 (neues NFÖ-Büro) und 6010 Innsbruck Postf. 110, Telefon (neu): 0676-4065409, buendnis@nfoe.at, DVR3000098; Druck: Sterndruck, Fügen